

Dr. habil. ERNST GOTTSCHLING, Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Die Theorie von der „pluralistischen Demokratie“ im heutigen Klassenkampf

Seit einiger Zeit bemühen sich die Kräfte des Imperialismus in verstärktem Maße, in die ideologische Auseinandersetzung mit dem Sozialismus neue, elastischere Formen und Methoden einzuführen¹. Das Scheitern direkter Restaurationsversuche des Kapitalismus in den Staaten des Warschauer Vertrages hat zu einer generellen Intensivierung des ideologischen Kampfes gegen den Sozialismus geführt. Mittels einer Strategie der ideologischen Unterwanderung, der „Liberalisierung des Sozialismus“, soll — wie die Ereignisse in der CSSR während der letzten Monate zeigen² — gleichsam von innen heraus der Boden für die Konterrevolution bereitet werden. Unter den bürgerlichen, kleinbürgerlichen und revisionistischen Ideologien, deren Export im Rahmen der imperialistischen Globalstrategie betrieben wird, spielt die Konzeption von der „pluralistischen Demokratie“³ eine beachtliche Rolle. Die Auseinandersetzung mit der Pluralismus-Doktrin ist daher von brennender Aktualität, richtet sie sich doch ihrer ganzen Stoßrichtung nach gegen die marxistisch-leninistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf.

Der „Pluralismus“ — ein ideologisches Produkt des Imperialismus

Die Ideen des Pluralismus sind — sieht man von gewissen Vorläufern ab — zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt worden. In den USA war es William James, einer der Hauptvertreter des philosophischen Pragmatismus, der in seinem Werk „Das pluralistische Universum“ (1909) den Pluralismus-Begriff verwendet hat⁴. Er sah die Welt als eine Anhäufung von einzelnen Gegebenheiten, die mehr oder weniger zusammenhanglos ad hoc existieren und nur bedingt zu anderen Geschehnissen und Fakten in Konnex treten. Nach James triumphiert die „Einzel-Form“ in ihrer pluralistisch genommenen „Vielheit“ angeblich über die „Schwierigkeiten“, „an denen ein streng monistisch aufgefaßtes Universum, wie an einer Art Selbstvergiftung, leidet“⁵. James' philosophische Thesen haben in der Folge auf verschiedenen Gebieten Anhänger gefunden.

In England versuchte vor allem Harold J. L a s k i, der Theoretiker der Labour-Partei, in mehreren Arbeiten, beginnend mit den „Studien über das Problem der Souveränität“ (1917), den Pluralismus-Gedanken auf die

Staatsfrage anzuwenden. Er betrachtete den Staat nicht mehr als eine besondere, herausragende Organisationsform der Gesellschaft, sondern gelangte zu dem Schluß, er sei innerhalb der Pluralität sozialer Gebilde nur eines unter vielen, mit denen er die Souveränität teile. Jeder einzelne Mensch, dessen „Assoziations“bedürfnisse durch keinen der vielen Verbände — einschließlich Staat — absolut befriedigt werden könnten, habe selber bei den zwangsläufig sich ergebenden Konflikten zu entscheiden, inwieweit er den Loyalitätsforderungen der diversen sozialen Gruppierungen nachkommen wolle. Diese indeterministische Betrachtungsweise, die in völligem Widerspruch zur gesellschaftlich-politischen Realität stand, wurde von Laski später unter dem Eindruck der Herrschaftsformen des Faschismus aufgegeben.

In Deutschland hat dann Carl Schmitt, später Kronjurist der Nazis, in mehreren Arbeiten Laskis Auffassungen von rechts kritisiert, u. a. in „Der Begriff des Politischen“ (1927) und in „Staatsethik und pluralistischer Staat“ (1930). Geschichte wandte er den Pluralismus-Begriff auf die Weimarer Republik in der Weise an, daß er ihn zur negativen Charakterisierung der herrschenden Zustände im Sinne einer „pluralistischen Aufteilung des Staates“ benutzte⁶. Das gab ihm Gelegenheit, die „Wendung zum totalen Staat“ (1931) als eine Art Zwangsläufigkeit müheolos zu begründen, als der für ihn und seine Auftraggeber einzigen Möglichkeit jedenfalls, um völliger „pluralistischer Auflösung der Einheit des politischen Ganzen“⁷ entgegen zu können und statt dessen ein faschistisches Regime zu etablieren, dazu ausersehen, die tiefe Krise der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im monopolistischen Stil zu „lösen“, was bekanntlich das deutsche Volk und mit ihm viele andere Völker in eine schreckliche Katastrophe gestürzt, zugleich aber auch im Ergebnis des zweiten Weltkrieges vor allem angesichts der Entstehung neuer sozialistischer Staaten zu einer gewaltigen Schwächung des Imperialismus im Weltmaßstab geführt hat.

Es verwundert daher nicht, daß die Pluralismus-Theorie im Zusammenhang mit der Restauration des Imperialismus in Westdeutschland sehr rasch wieder aufgegriffen wurde. Eine Umschreibung der westdeutschen gesellschaftlich-staatlichen Verhältnisse als „pluralistisch“ schloß dem äußeren Anschein nach den Bruch mit dem Faschismus ein und suggerierte die Vorstellung, als handle es sich um einen konsequenten Neubeginn. Gleichzeitig aber war der Begriff „Pluralismus“ zur Abgrenzung gegenüber der sozialistischen Staatlichkeit vorgesehen, sozusagen als Gegenstück zum „Total-

1 Vgl. Feist, „Ideologische Diversion — wichtiger Bestandteil der imperialistischen Strategie“, Einheit 1968, Heft 9, S. 1088 ff.; Demitschew, „offensiv gegen die bürgerliche Ideologie kämpfen“, ebenda, S. 1099 ff.

2 Vgl. Zimmermann, „Die geistigen Vorreiter der Konterrevolution“, Neues Deutschland (Ausg. B) vom 10., 11. und 12. September 1968.

3 Vgl. Fraenkel/Sontheimer, Zur Theorie der pluralistischen Demokratie, herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1964.

4 James, Das pluralistische Universum, Leipzig 1914. Vgl. Geschichte der Philosophie, Bd. V, Berlin 1963, S. 670 f.

5 James, a. a. O., S. 200.

6 vgl. Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931, S. 89.

7 Schmitt, „Staatsethik und pluralistischer Staat“, in: Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles 1923-1939, Hamburg 1940, S. 145.